

Abmarsch der Gladiatoren

Wenn das Volk im alten Rom murrte, konnte der Kaiser immer auf ein wirksames Opiat zurückgreifen: Brot und Spiele. „Brot“ wird dank der verfehlten rot-roten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Berlin immer knapper, aber „Spiele“ lässt sich SPD-Spitzenkandidat Woweroit selbstverständlich nicht entgehen.

Da seine Kabinettslegionäre inhaltlich mit stumpfen Waffen kämpfen und das politische Tagesgeschäft so anstrengend ist, dass einem – O-Ton Woweroit – „schon mal der Kopf schwirrt“, will die SPD einige prominente Gladiatoren in die Wahlkampf-Arena schicken.

Das angekündigte Spektakel ist jedoch schon beendet, bevor es überhaupt richtig begonnen hat. Die einzigen wirklich bekannten Gesichter des Woweroit-Teams, Alfred Bielik und Thomas Gottschalk, traten schon nach wenigen Tagen hastig den Rückzug an. Übrig bleiben eine Handvoll



Henkel redet Klartext

Künstler, die den Zenit ihrer Karriere bereits überschritten haben, sowie einige SPD-Lokalpolitiker. Und Günter Grass, der große Moralist, den Woweroit trotz des reichlichen späten Bekenntnisses zur eigenen Waffen-SS-Vergangenheit zum Wahlkampf nach Berlin eingeladen hat.

Berlin braucht aber keine sozialdemokratische PR-Offensive, sondern endlich wieder eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert. Unter Rot-Rot ist unsere Stadt ärmer, aber nicht sozialer geworden. Ironischerweise hat der Regisseur Wolfgang Petersen, ebenfalls Mitglied im SPD-Gladiatorenteam, 1975 einen TV-Film namens „Die Stadt im Tal“ gedreht. Die CDU wird dafür kämpfen, dass Berlin bald wieder auf dem Gipfel steht und auf Augenhöhe zu seinen Möglichkeiten regiert wird.

Industrie halten - für Berlin werben

Die Probleme sind groß. Das Interesse an Lösungen ist es auch.

Im vollbesetzten Lichthof des Konrad-Adenauer-Hauses



Princeton, Harvard, aber auch in Abu Dhabi, Moskau, Neu Delhi und Shanghai“ mit Vor-Ort-Präsentationen junge Unternehmen, speziell aus den Bereichen Medien, Biotechnologie und IT, anwerben. Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, will Pflüger außerdem die Wissenschafts- und Hochschullandschaft stärken. Der Standort Adlershof müsse weiter ausgebaut werden. Außerdem schlug er vor, im Ausland, beispielsweise in New York einen Vertreter aus Berlin zu installieren, der vor

mer direkt ansprechen und nach Berlin locken soll. So mache es Bayern, dies sei auch ein Modell für Berlin. „Es gibt viel zu tun“, sagte Pflüger. Auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel forderte für Berlin eine andere Wirtschaftspolitik. Es sei

falsch, wenn der Regierende Bürgermeister Klaus Woweroit sage, das postindustrielle Zeitalter sei für Berlin an der Spitze angekommen. Woweroit hatte kürzlich gesagt, Berlin müsse „seine Zukunft als nachindustrielle Stadt annehmen und

alle Bestrebungen, sein traditionelles Gewerbe wiederzubeleben, aufgeben“. Die Berliner Wirtschaft müsse sich auf Dienstleistungen, Tourismus, Mode und junge kreative Unternehmen konzentrieren, so Woweroit. „Man darf neue entstehende Arbeitsplätze und die klassischen Arbeitsplätze nicht gegeneinander ausspielen, da stößt man doch Investoren vor den Kopf“, sagte dazu Merkel.

Der rot-rote Senat hat die Schließung des Flughafens Tempelhof um sieben Monate auf den 31. Oktober 2007 verschoben. Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt sieht in diesem Vorgehen eine systematische Demontage.

Man könne geneigt sein, lediglich von einem Possenspiel zu sprechen; „in Wirklichkeit ist es jedoch die systematische Demontage des Flughafens Tempelhof“, so der CDU-Landesvorsitzende und Verkehrsexperte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingo Schmitt. „Von der eigenen Ideologie getrieben, setzen SPD und PDS alles daran, den innerstädtischen Flughafen, den uns Metropolen weltweit beneiden, zu schließen“, so Schmitt weiter. Da jedoch die rechtlichen Hürden erheblich seien und der Widerstand in der Bevölkerung wachse, versuchten der Regierende Bürgermeister und seine Stadtentwicklungssenatorin, Mieter auf dem Flughafen und interessierte Fluggesellschaften durch ständige Schließungsankündigungen und Nennung von Schließungsterminen abzuschrecken, stellte Schmitt fest. „Durch die zerstörte Planungssicherheit soll erreicht werden, dass der Flughafen Tempelhof von selbst ausblutet und dann der Senat mit der Argumentation, seht her, der Flughafen werde gar nicht benötigt, ihn schließen kann.“ Abschließend betonte Schmitt: „Für seine wirtschaftliche Entwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen braucht Berlin keinen neuen Park in Tempelhof, sondern einen funktionierenden und auf Dauer gesicherten City-Airport. Hierfür setzt sich die Berliner CDU nachhaltig ein.“



Im Gespräch: Dr. Michael Wegner, Daniela Möller, Rainer Epelmann, Karsten Schulze, Dr. Lutz Pscherer und Horst Gedack (v.l.n.r.)

vorsitzenden der CDU-Mittelständler und –Arbeitnehmer, Michael Wegner und Horst Gedack, wurde die Wirtschaftsfeindlichkeit des rot-roten Senats auf konkrete Einzelfälle in Berlin heruntergebrochen.



CDU-Landesvorsitzender Ingo Schmitt

Senat demontiert City-Airport

Der rot-rote Senat hat die Schließung des Flughafens Tempelhof um sieben Monate auf den 31. Oktober 2007 verschoben. Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt sieht in diesem Vorgehen eine systematische Demontage.

Man könne geneigt sein, lediglich von einem Possenspiel zu sprechen; „in Wirklichkeit ist es jedoch die systematische Demontage des Flughafens Tempelhof“, so der CDU-Landesvorsitzende und Verkehrsexperte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingo Schmitt. „Von der eigenen Ideologie getrieben, setzen SPD und PDS alles daran, den innerstädtischen Flughafen, den uns Metropolen weltweit beneiden, zu schließen“, so Schmitt weiter. Da jedoch die rechtlichen Hürden erheblich seien und der Widerstand in der Bevölkerung wachse, versuchten der Regierende Bürgermeister und seine Stadtentwicklungssenatorin, Mieter auf dem Flughafen und interessierte Fluggesellschaften durch ständige Schließungsankündigungen und Nennung von Schließungsterminen abzuschrecken, stellte Schmitt fest. „Durch die zerstörte Planungssicherheit soll erreicht werden, dass der Flughafen Tempelhof von selbst ausblutet und dann der Senat mit der Argumentation, seht her, der Flughafen werde gar nicht benötigt, ihn schließen kann.“ Abschließend betonte Schmitt: „Für seine wirtschaftliche Entwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen braucht Berlin keinen neuen Park in Tempelhof, sondern einen funktionierenden und auf Dauer gesicherten City-Airport. Hierfür setzt sich die Berliner CDU nachhaltig ein.“

In der anschließend stattfindenden Gesprächsrunde, moderiert von den Landes-

In Berlin endlich wieder sicher fühlen



CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger und Generalsekretär Frank Henkel stellen auf der Pressekonferenz die neuen Plakate vor: „Die Menschen wollen sich in Berlin endlich wieder sicher fühlen.“

Die Berliner CDU hat dem rot-roten Senat eine unverantwortliche Sicherheitspolitik vorgeworfen. Berlin sei „Hauptstadt der Kriminalität“ geworden.

CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger forderte deshalb, dass „in den nächsten Jahren 1300 Polizisten neu eingestellt werden müssen“. Der Personalabbau in den ver-

gangenen Jahren habe die Hauptstadt gegenüber Kriminellen geschwächt. Außerdem müsse der Bund endlich für die Kosten hauptstadtbedingter Sonderaufgaben der Berliner Polizei aufkommen. Pflüger: „Wir erhalten pro Jahr zwar 38,5 Mio. Euro vom Bund als Ausgleich, zählen aber rund 100 Mio. Euro effektive Kosten seitens der Berliner Polizei. Diese Diskrepanz können wir uns nicht länger leisten.“ Pflüger verwies in seinem 9-Punkte-Programm zum Thema Innere Sicherheit auch auf das Vorbild New York: „Diese Stadt hat es geschafft,

innerhalb weniger Jahre die Kriminalitätsrate um 70 Prozent zu senken. Grundlage dafür waren Null-Toleranz gegenüber Kriminellen und die sogenannte broken-windows-Strategie. Diese bedeutet, dass eine zerbrochene Fensterscheibe auf Dauer weitere Sachbeschädigung nach sich zieht. Wir sagen Verwahrlosung und mutwilliger Zerstörung den Kampf an.“ Der Generalsekretär der Berliner CDU und innenpolitische Sprecher der Fraktion, Frank Henkel, unterstrich den unbedingten Willen, die Berliner Polizei neben einem angemessenen finanziellen Bei-

trag durch den Bund auch von Aufgaben zu entlasten: „Wir werden die Freiwillige Polizeireserve wieder einführen. Sie hat sich bewährt und der Polizei Aufgaben beispielsweise im Bereich des Streifendienstes abgenommen.“

Ebenso kritisierten Pflüger und Henkel die Wankelmütigkeit des Innenministers: „Körtling ist ein Ankündigungssenator. Weder bei der Videoüberwachung, noch beim Versammlungsrecht oder auch beim Thema Abschiebung hat er seinen Worten Taten folgen lassen.“

„Nicht nur die Berliner SPD steckt im roten Filz, sondern offensichtlich auch die PDS“, stellte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer fest und forderte Aufklärung über ein Innovationsnetzwerk des Senats, über das mit staatlichen Fördermitteln PDS- und gleichzeitig auch Gewerkschaftsfunktionäre begünstigt werden. „Das ist Vetternwirtschaft der übelsten Sorte.“

„Nicht nur die Berliner SPD steckt im roten Filz, sondern offensichtlich auch die PDS“, stellte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer fest und forderte Aufklärung über ein Innovationsnetzwerk des Senats, über das mit staatlichen Fördermitteln PDS- und gleichzeitig auch Gewerkschaftsfunktionäre begünstigt werden. „Das ist Vetternwirtschaft der übelsten Sorte.“

IN KÜRZE

Bahn-Bombenleger nicht in JVA Moabit verlegen

Angesichts der zahlreichen Fluchten von Straftätern unter SPD-Justizsenatorin Schubert nahm der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Michael Braun, die Nachricht von der Verlegung des mutmaßlichen Bahn-Bombenlegers Youssef M. in die JVA Berlin-Moabit mit Entsetzen und Sorge auf. „Anscheinend hat sich noch nicht überall herumgesprochen, wie es um die Justizsicherheit in Berlin bestellt ist“, stellte Braun fest. In Berliner Justizvollzugsanstalten sei es zu unsicher. Der Untersuchungshäftling müsse nach Brandenburg gebracht werden, forderte Braun.

SPD-Innensenator muss Wahlkampfpopulismus beenden

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, hat Berlins Innensenator, den SPD-Politiker Körtling aufgefordert, „den Wahlkampfpopulismus in der Inneren Sicherheit sofort zu beenden, und endlich Tatkraft zu beweisen: Das Polizeigesetz müsse noch in dieser Legislaturperiode geändert werden. Polizei und Sicherheitsbehörden bräuchten endlich die Möglichkeiten, der Terrorgefahr mit allen Mitteln zu begegnen.“ Dazu gehöre, dass die Videoüberwachung auch auf gefährdete Plätze ausgeweitet werde und verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt werden könnten, so Henkel weiter.

PDS steckt im roten Filz

„Nicht nur die Berliner SPD steckt im roten Filz, sondern offensichtlich auch die PDS“, stellte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Nicolas Zimmer fest und forderte Aufklärung über ein Innovationsnetzwerk des Senats, über das mit staatlichen Fördermitteln PDS- und gleichzeitig auch Gewerkschaftsfunktionäre begünstigt werden. „Das ist Vetternwirtschaft der übelsten Sorte.“

Gemeinsam für Gewaltprävention

Gemeinsam haben der Autor Lothar Berg, die Schauspieler Bianca Karsten (u.a. GZSZ und Unter uns) und Frank Kessler (u.a. Männerpension, Cobra 11, Wolffs Revier) sowie Astrid Jantz, Mitglied im Pflüger-Regierungsteam für die Bereiche Jugend und Sport, zur Gewaltprävention aufgerufen.

„Wir wollen deutlich machen, dass es nicht allein darauf ankommen kann, im Nachhinein Straftaten zu analysieren. Stattdessen sollte Gewaltpotenzial frühzeitig erkannt und stärker präventiv eingegriffen werden“, erklärte Jantz bei der Vorstellung des gemeinsamen Aufrufes. Der Aufruf der Promis appelliert an die Zivilcourage der Berlinerinnen und Berliner: Nicht wegsehen, sondern dort helfen, wo Hilfe bereits im Vorfeld möglich ist.



Gemeinsam für Gewaltprävention: Frank Kessler, Bianca Karsten, Astrid B. Jantz, Jan-Uwe Billhardt v. Ver. Fenster der Gewalt e.V., Lothar Berg, Mario Koss v. Ver. Fenster der Gewalt e.V. (v.r.n.l.)